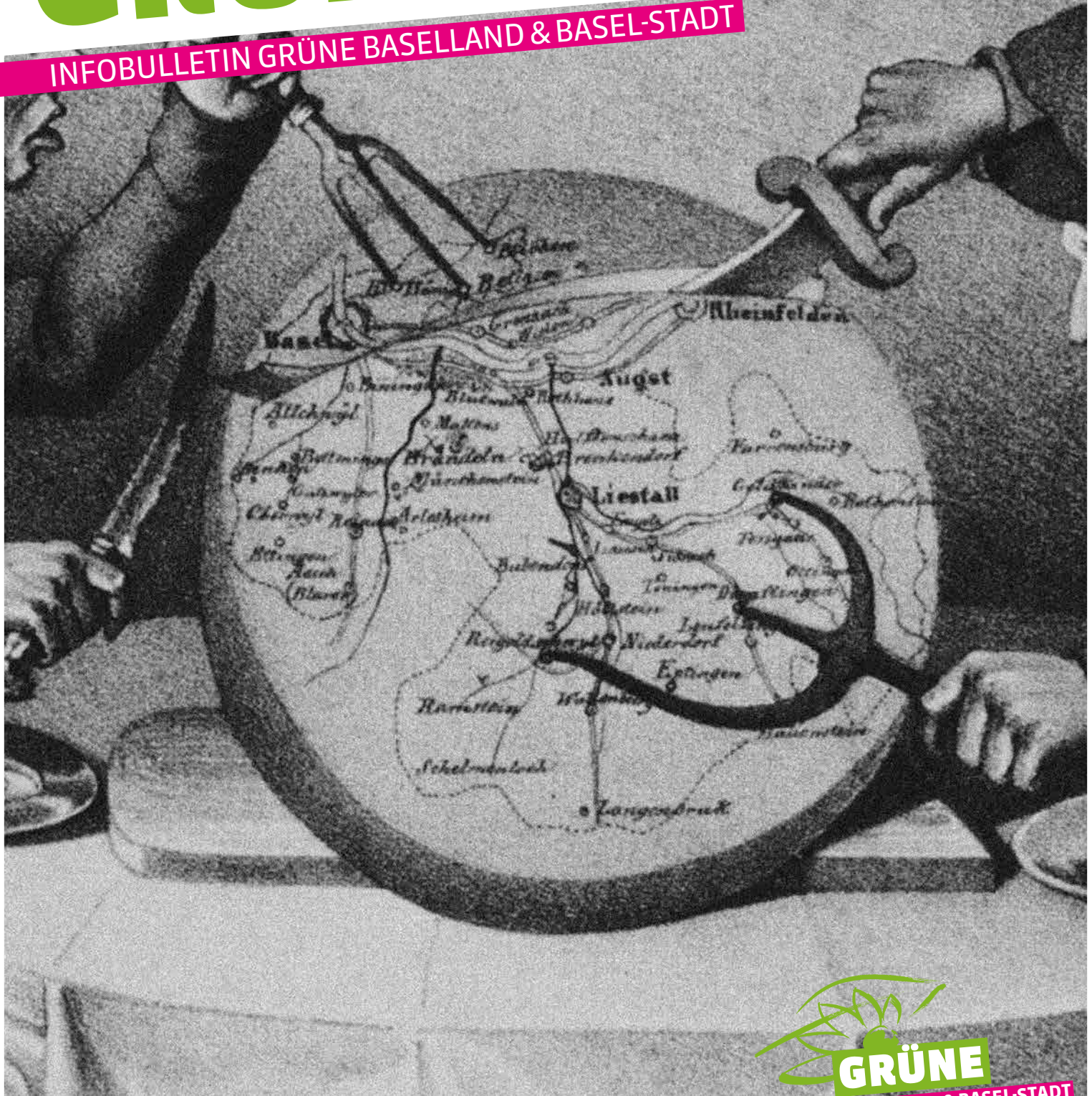


NR. 11 / OKTOBER 2017

# GRÜN WÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELSTADT & BASELSTADT



- > **PARTNERSCHAFT BL-BS** WIE DIE GRÜNEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN S. 3
- > **DIGITALISIERUNG** RÜCKBLICK AUF UNSERE TAGUNG VOM 23. SEPTEMBER S. 6
- > **ABSTIMMUNGEN 26. NOVEMBER** NEIN ZUR STILLEGUNG DES «LÄUFELFINGERLIS» S. 9

- 2 Editorial
- 3 Thema: Partnerschaft
- 6 Tagung Digitalisierung
- 8 Abstimmungen Baselland
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Ortssektionen,  
Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen  
Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und  
Basel-Stadt, Güterstrasse 83,  
4053 Basel

Redaktion: Pascal Benninger,  
Harald Friedl, Nathalie Martin,  
Laura Schwab, Martin Stohler,  
Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch  
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100%  
Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage  
2450 Ex.

Redaktionsschluss:  
5. Oktober 2017

Nächste Ausgabe: Februar 2018



Kaum ein Thema beschäftigt die Politik der beiden Basler Halbkantone mehr als ihr Verhältnis zueinander. In diesem Kontext wird über Gemeinsames und Trennendes, Mögliches und Unüberbrückbares oder Chancen und Risiken diskutiert. Nun stehen drei grundlegende partnerschaftliche Geschäfte an, die unsere Parlamente im nächsten Jahr beschäftigen werden, nämlich Bildung (Univertrag), Gesundheitsversorgung (Spitallandschaft) und Kultur (Kulturvertrag). Wir gehen daher in diesem Heft der Frage nach, was für uns Partnerschaft bedeutet und wie wir sie in der Region leben wollen.

In Baselland steht die Entscheidung über die Zukunft des «Läufelfingerlis» an. Wir Grünen engagieren uns dabei aktiv für den Erhalt dieser Linie. Da national und in Basel-Stadt diesen Herbst keine Abstimmungen anstehen, bleibt im zweiten Teil des Hefts Platz, um ausführlich über unsere Tagung «Gesellschaft im digitalen Zeitalter» zu berichten, die wir im September mit BastA! und dem jgb durchführten.

Wir hoffen, dass wir wiederum ein anregendes und informatives Heft zusammenstellen konnten. Und falls Du Dich nicht nur für die grüne Politik interessierst, sondern uns dabei auch aktiv mit Deiner Mitgliedschaft unterstützen möchtest, so soll der Hinweis unten hilfreich sein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Friedl', written in a cursive style.

Harald Friedl  
Präsident Grüne Partei Basel-Stadt

### WAS DU MIT 200 FRANKEN ANSTELLEN KANNST

- In 183 Euro wechseln.
- Eine billige Winterjacke kaufen.
- Deinen Anteil im Kampf gegen die Klimakatastrophe leisten und Mitglied bei den Grünen werden.

# DREI JAHRE DANACH: PARTNERSCHAFT AM SCHEIDEWEG



Die Partnerschaft zwischen Basel-Stadt und Baselland ist ein «must have» für eine erfolgreiche Region.

Baselland und Basel-Stadt. Zwei getrennte Halbkantone mit je eigenem Parlament. Wenn ich das Touristinnen und Touristen in Basel erzähle, dann kommen sie aus dem Staunen nicht heraus. Bei dieser kleinräumigen Organisation geht rasch der Blick aufs Ganze verloren. Geht es um die Spitalplanung, die Verkehrsplanung oder die Universität, die Grünen denken über die Grenzen hinaus und fordern eine bessere Zusammenarbeit.

Die Strassen hören nicht an den Grenzen auf, in wohl keinem anderen Kanton liegt die Agglomeration beziehungsweise das Zentrum bereits im Nach-

barkanton. Nur durch die Strukturen bedingt wird die ganzheitliche Raumplanung vernachlässigt. Der Arbeitsweg ist nicht Teil der politischen Diskussion, weil er meist schon ins Gebiet des Nachbarkantons fällt. Beim Kulturvertrag und genauso bei der Spitalplanung arbeitet die kantonale Politik an der Lebensrealität vorbei – denn im Alltag der Bevölkerung sind die Grenzen nicht sichtbar. In engem Austausch arbeiten die Grünen Baselland und Basel-Stadt gemeinsam an diesen Themen – mit regelmässigen Treffen, gemeinsamen Arbeitsgruppen und dem Denken über die Grenzen hinweg.

KEIN «NICE TO HAVE»

Im gemeinsamen Artikel von Elisabeth Ackermann und Philipp Schoch zur Universität im Grünwärts vom Februar

2016 hiess es sehr schön: «Sowohl bei der Uni, der Fachhochschule und beim Theater sprechen wir nicht von 'Nice to have'-Einrichtungen, sondern von Institutionen, die für die gesamte Region sehr wichtig sind. Beide Kantone würden sehr leiden, wenn diese Institutionen kaputtgespart würden.»

Die Themen sind aktuell wie selten zuvor und diese Partnerschaft ist wichtig. Auch wenn zwischen den beiden Halbkantonen nicht alles reibungslos funktioniert, ist es die einzige Chance die wir haben.

Nathalie Martin,  
Geschäftsführerin Grüne BL

## DIE GRÜNEN LEBEN DIE PARTNERSCHAFT VOR

Was auf dem politischen Parkett nicht immer funktioniert, leben wir parteiintern vor: so geht Partnerschaft.

Nach dem vergangenen Abstimmungswochenende gehören wir ein weiteres Mal der Minderheit an! Der Margarethenstich scheint Geschichte zu sein. Wir leben in einem Kanton, in dem eine knappe Mehrheit der Bevölkerung Steuern sparen, Auto fahren und partnerschaftliche Projekte verhindern will nach dem Motto: «Sollens doch die Basler bezahlen!» Die grosse Minderheit hat das Nachsehen.

Unsere Basler KollegInnen müssen wir jeweils wissen lassen: Wir sind politisch gefordert und nicht selten frustriert, Teil jener 40 bis 49.9 Prozent der Abstimmenden zu sein, die in den Vorlagen für eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit zu den VerliererInnen gehören. Heftig beschäftigt in unserer politischen Arbeit unter rechtskonservativer Herrschaft sind wir froh, dass die Grünen Baselland und Basel-Stadt nicht aufhören, zusammenzusitzen!

### KULTUR

Der Kanton Baselland kürzt seine Beiträge an städtische Kulturinstitutionen um die Hälfte. Für uns ist dies inakzeptabel. Auch wenn ein gemeinsamer Kulturvertrag bestehen bleibt und die Stadt für die Ausfälle in die Bresche springt, ist der Baselbieter Entscheid unverständlich, kurzfristig und für die gesamte Region schädlich. Auch wenn die vom Kulturvertrag abhängigen Institutionen dank der Planungssicherheit erst mal aufatmen können, hat dieser Kulturvertrag das Potenzial, spalterisch zu wirken und damit weit über den Betrag von fünf Millionen Franken Schaden anzurichten.

Wir werden in den kommenden Monaten gefordert sein. Als Minen liegen die Spitalpolitik, die Kulturpolitik und die gemeinsame Trägerschaft der Uni vor uns. Wir schauen die Dinge gemeinsam an, auch wenn wir mal unterschiedlicher Meinung sind. Aber wir haben die Möglichkeit und dürfen nicht aufhören, sie zu nutzen, durch aktiven Austausch unterschiedliche Standpunkte zu verstehen, darüber zu diskutieren und nicht wie bei anderen Parteien aus der Zeitung davon zu erfahren. Und vor allem – wo möglich, neue Lösungsansätze zu entwickeln.

Ein konstruktiver Dialog zwischen unseren Kantonalparteien ist gerade in dieser durch die Medien zusätzlich angeheizten, feindseligen Stimmung im öffentlichen Diskurs wertvoll.

### EIN BEISPIEL KONSTRUKTIVER ZUSAMMENARBEIT

Neben dem institutionalisierten Austausch der Präsidien und der Sekretariate oder der gemeinsamen MV im Sommer pflegen wir den Dialog zum Beispiel in der Fachpolitik: aktuell die Vorlagen zur Spitalversorgung und einer gemeinsamen Spitalträgerschaft. Nach Vorbereitung auf beiden Seiten haben wir es in einer intensiven und konstruktiven Sitzung geschafft, unsere unterschiedlichen Sichtweisen zu verschiedenen Punkten der geplanten Spitalpolitik und Spitalversorgung auszutauschen, diese gegenseitig verständlich zu machen. Das Gespräch hat ermöglicht, die Unterschiede richtig zu interpretieren und zu verstehen, die Gemeinsamkeiten gegenüber den Unterschieden zu gewichten. Und wir haben es geschafft, eine gemeinsame Kommunikation aufzugleisen, um auf unsere Vernehmlassungen hinzuweisen. Es schaut fast aus, als wären wir die einzigen Parteien, die von der Presse nicht in die Pfanne gehauen werden und von den Gesundheitsdirektionen nicht belehrt werden müssen.

### GESUNDHEITSVERSORGUNG

Ende dieses Jahres sollen die beiden Parlamente über die Gesundheitsversorgung in der Region befinden. In der Vernehmlassung unterstützen wir das Ziel einer gemeinsamen Spitalplanung insbesondere bei der Planung, Regulation und Aufsicht. Auch die Schaffung der gemeinsamen Spitalgruppe kann die Voraussetzungen schaffen, das Kostenwachstum im Gesundheitswesen in beiden Kantonen zu bremsen, das Überangebot an Akutspitalbetten in der Region abzubauen und vor allem die universitäre Zentrumsmedizin zu sichern.

Die Vorlage ist aber ergänzungsbedürftig. Dies gilt insbesondere für die Organisation einer gemeinsamen Spitalgruppe. Eine AG mit gemeinnützigem Zweck ist in einer sich verändernden Gesundheitslandschaft durchaus eine Option. Jedoch muss eine gemeinsame Spitalgruppe als AG in ihren Eckwerten stärker in eine politische Kontrolle eingebunden sein als vorgeschlagen: Konkret bei der Eigentümerstrategie, der Zusammensetzung des Verwaltungsrats, der Besitzverhältnisse dem Einbezug von gemeinnützigen Dritten und den gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Eine spannende Sitzung und die daraus hervorgegangene gemeinsame Haltung sind für mich ein Beispiel konstruktiver bikantonaler Zusammenarbeit. So wünsche ich es mir! Bleiben wir auf diesem Kurs auch in der Kultur- und Bildungspolitik. Und lernen wir, diesen Dialog noch etwas prominenter zu kommunizieren, um neben publikumswirksamen Konflikten der anderen Parteien von der Presse nicht vergessen zu werden.

Marie-Theres Beeler, Landrätin

## ZWINGEND, MÜHSAM, ERFOLGSVERSPRECHEND

Stadt und Land sind ein Gegensatz, der sich bedingt. Die Einsicht der beidseitigen Abhängigkeit ist Voraussetzung für Partnerschaft, und dass es dem Ganzen gut geht.

Die Stadt ist längst über ihre Grenzen hinausgewachsen, und die Landschaft längst nicht mehr so ländlich wie einst. Selbst gemeinsam sind Basel-Landschaft und Basel-Stadt eigentlich zu klein, gemessen an ihrer regionalen politischen und wirtschaftlichen Rolle. Basel ist, eingezwängt in nationale und halbkantonale Grenzen, zum Zentrum einer trinationalen Metropolitanregion geworden. Die mehr als 50000 täglichen PendlerInnen, die Entwicklung des Euro-Airports oder das seit Jahren überproportionale Wachstum des Bruttosozialprodukts sind ein Spiegel dieser Entwicklung. Die Stadt wächst über ihre Grenzen hinaus, gewinnt an Bedeutung, mittelfristig immer stärker auch im trinationalen Grenzland. Die Region gewinnt dabei als Ganzes und das Land hat dabei seinen Anteil, seine Verdienste auch. Weil die Grenzen unverrückbar sind, ist Partnerschaft umso zwingender.

### ARBEITEN AUF DER STRECKE GEBLIEBEN

Mühsam ist die Partnerschaft, weil das Selbstverständnis, eine gemeinsame Region zu sein, gemeinsame Interessen zu haben und für diese gemeinsam bezahlen zu müssen, weit weniger gewachsen ist. Schlimmer noch, der letzte Versuch, die beiden Basel zu fusionieren, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Ressentiments, die sich aus der Vergangenheit nähren oder sich durch den national-chauvinistischen Zeitgeist befeuern, sind eher stärker geworden. Auf der Strecke geblieben oder zumindest beschädigt ist das mühsame Arbeiten an Lösungen, die im Interesse beider

Partner sind und deren Finanzierung deshalb auch paritätisch zu leisten ist. Vergessen geht dabei, dass getrennte Wege teurer sind, nicht nur weil sie mehr kosten, sondern auch, weil sie mittelfristig dem Ganzen schaden, sprich Wohlstandsverluste mit sich bringen.

### NICHTS GEHT MEHR

Vordergründig scheint es, hat die Landschaft aktuell mehr zu verlieren. Nichts geht mehr, und woran das liegt, ist leicht zu erkennen. Baselland bzw. den tonangebenden politischen Parteien fehlt eine Vision, weil eine solche die Stadt und die Region als Ganzes und, oh Schreck, sogar das nahe Ausland miteinbeziehen müsste. Kein Tourist,

### UNIVERSITÄT

Die gute Nachricht: Bis 2020 ist der Univertrag gesichert. Die schlechte: Der rechtsbürgerliche Land- und Regierungsrat möchte die Beiträge mindestens einfrieren. Dass sich die beiden Kantonsregierungen langfristig zu einer gemeinsamen Trägerschaft der Universität bekennen, ist dennoch ein ermutigendes Signal. Die von den Regierungen formulierten Absichten im Hinblick auf eine neue Strategie und einen erneuerten Staatsvertrag inklusive Finanzierung ab 2021 können eine Basis für eine tragfähige und nachhaltige Entwicklung bilden. Sie sind aber auch eine Verpflichtung, die viel Arbeit und ein gutes Zeitmanagement erfordert. Die Reformanstrengungen dürften dabei nicht kurzfristigen, rein finanziellen Interessen folgen und einseitig den Kanton Basel-Stadt belasten: Die Anliegen der Studierenden und der Anspruch einer nachhaltigen, qualitativ hochstehenden Universität für die ganze Region verdienen in einem neuen Staatsvertrag einen hohen Stellenwert. Siehe auch Seite 9.

kein Investor verirrt sich ins schöne Baselbiet, ohne sich zu fragen, was ihm gleichzeitig die städtische Kultur und Infrastruktur zu bieten hat. Es ist falsch, Ausgaben in erster Linie als Kosten und nicht auch als Investitionen in die Zukunft zu sehen. Die von der SVP vorgegebene Finanzpolitik führt das Land in eine Sackgasse. Die Stadt ist daneben gut beraten, sich nicht in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Das Interesse der Stadt an einer gemeinsamen Gesundheits- und Spitalpolitik ist nicht nur aus Spargründen gross, sondern auch, weil die universitäre Medizin und ihre Forschung darauf angewiesen sind. Dass Autobahnen und Hauptstrassen in der Stadt verstopft sind, liegt nicht an Regierungsrat Wessels, sondern am ungenügenden Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs und dem fehlenden Herzstück. Beides sind Probleme, die sich nur partnerschaftlich lösen lassen.

### PARTNERSCHAFT ZWINGEND

Gut möglich, dass der Umgang mit dem nicht selbst gewählten Partner in naher Zukunft noch schwieriger wird. Beispielsweise wird es mit sparverpflichteten BL-Uniräten nicht einfacher, die Universität erfolgreich weiterzuentwickeln. Partnerschaft ist trotzdem zwingend. Eine Alternative dazu besteht nur unter Inkaufnahme von Verlusten für das Ganze. Das kann nicht im Interesse guter Politik sein.

Jürg Stöcklin, Grossrat

# «GESELLSCHAFT IM DIGITALEN ZEITALTER»



Die Digitalisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt ist im vollen Gang. Die Auseinandersetzung damit ist ein wichtiger Pfeiler grüner Politik und wird in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen.

Dies das Fazit der anregenden Tagung, die am 23. September auf Einladung der Grünen BL und BS, des jungen grünen Bündnisses und von BastA! im Landratsaal in Liestal stattfand. Während am Nachmittag in drei

Workshops einzelne Themen vertieft wurden, stand der Morgen im Zeichen zweier Referate. Daniela Zetti, die sich an der ETH Zürich mit Technologiegeschichte befasst, zeichnete die verschiedenen Etappen auf dem Weg zur digitalen Gesellschaft nach, ausgehend von den ersten Computer-Ungetümen über «Personal Computer», Internet, in das man sich mit einem Modem einwählte, bis hin zum Internet der Dinge. Balthasar Glättli, Nationalrat der Zürcher Grünen, unternahm abschliessend eine politische Positionsbestimmung

hinsichtlich der politischen Chancen und Risiken der Digitalisierung. Neben dem emanzipatorischen Potenzial (Kommunikation, Vernetzung, Delegation von Arbeit an Roboter) ging er auch auf die Gefahren (Big Data, Überwachungsstaat, Monopolbildungen) ein. Zudem wies er darauf hin, dass im Bereich der Gesetzgebung verschiedene Vorlagen anstehen.

Martin Stohler,  
Vorstand Grüne BS

## VON GLÄSERNEN BAUERN UND VERNETZUNG

Der Workshop «Chancen fürs Klima» fokussierte auf zwei Themen: Landwirtschaft und Energieverbrauch. Im Schwerpunkt Landwirtschaft diskutierten wir mit Pascal Benninger, Vizepräsident der Grünen BL und Bio-Landwirt: Helfen die digitalen Instrumente zum Beispiel der solidarischen Landwirtschaft? Leichte, kleine elektroni-

sche Maschinen entlasten den Boden und können per GPS sehr genau wässern und düngen. Aber überwiegen diese Chancen gegenüber dem Reboundeffekt und dem Datenschutz (gläserner Bauer)?

Christof Weinhardt, Professor an der Universität Karlsruhe, erläuterte die deutliche Einsparung des Energiever-

brauchs durch Vernetzung (Strom und Verkehr): Die selbstfahrenden Autos sind dort, wo es sie braucht, und der Strom wird dort genutzt, wo er produziert wird. Die Gruppe schliesst mit politischen Forderungen, beispielsweise: ein Windrad pro Gemeinde.

Nathalie Martin,  
Geschäftsführerin Grüne BL

## PROBLEMFELD ELEKTRONISCHE IDENTITÄT

Im Workshop «Digitaler Staat und Gesellschaft» hat Till Kleisli zur Idee der digitalen Demokratie das E-Voting vorgestellt. Dass der Bund dieses vorantreibt, nicht aber das E-Collecting von Unterschriften für Initiativen, wurde bemängelt, zumal E-Voting grosse Risiken und nur wenig Vorteile mit sich bringt. Balthasar Glättli ging auf die Idee des E-Government ein, informierte über den aktuellen Stand der Einführung einer elektronischen Identität (eID) und beleuchtete deren Chancen und Risiken. Dabei wurde besonders die Privatisierung der Infrastruktur zur Verwaltung der eID sehr kritisch betrachtet.

Michelle Lachenmeier, Grossrätin



## DIGITALISIERUNG WIRFT DIE GROSSEN FRAGEN AUF

Die Themen des dritten Workshops hieszen «Sozialer Wandel, Arbeitsformen und Geschlechterverhältnisse». Nach Inputreferaten von Gerhard Andrey, Vizepräsident GPS und Mitbegründer der Firma liip, sowie Franziska Stier, politische Sekretärin und marxistische Feministin, zu Aspekten der Arbeitsteilung und Organisationsstrukturen diskutierten wir über Möglichkeiten, den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft

zu begegnen. Dabei zeigte sich, dass die Frage der Umverteilung und Finanzierung von Individuen sowie Staatswesen bestimmend sein wird, wenn die Welt von morgen von Algorithmen beherrscht wird. Zudem müssen wir sicherstellen, dass wir über digitale Gemeingüter verfügen können, um die Monopolisierung des Wissens zu verhindern.

Harald Friedl,  
Präsident Grüne BS

# ABSTIMMUNGEN

## BASELSTADT

### JA ZUM GEGENVORSCHLAG DES KANTONALBANKENGESETZES

Die Wirtschaftskammer Baselland lancierte vor zwei Jahren eine Initiative zur Entpolitisierung des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Nachdem der Landrat im Juni 2017 mit der Verabschiedung des modernen Public-Corporate-Governance-Gesetzes die sinnvollen Elemente der Initiative übernommen hatte, wurde die Initiative zurückgezogen. Übrig blieb der Gegenvorschlag der Regierung, welcher

vor allem technische Anpassungen am Kantonalbank-Gesetz beinhaltet. Damit diese sinnvollen Gesetzesänderungen in Kraft treten können, wird jetzt noch darüber abgestimmt. Die wichtigste Änderung betrifft die bessere Gleichstellung der Partizipationschein-Inhaber der BLKB mit dem Kanton. Damit kann das Partizipationskapital weiterhin als Eigenkapital genutzt werden. Die weiteren Ände-

rungen sind Begriffsanpassungen und Anpassungen an das neue Public-Corporate-Governance-Gesetz. Die vorgesehenen Anpassungen sind unbestritten und die Mitgliederversammlung empfiehlt ein Ja.

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident

### NEIN ZUR STILLLEGUNG DER S9



**KEIN ÖV-ABBAU**

**NEIN** 26. November 2017  
**Stilllegung Läfelfingerli/S9**

Die Grünen Baselland sind gegen die Stilllegung der Bahn im Homburger-tal und empfehlen ein Nein. Wichtig: Mit diesem Nein lehnen wir nicht den gesamten 8. GLA ab, sondern lediglich die Ziffern 2.7 c) und d), welche die Stilllegung der Bahn ab 2020 vorsehen. Die S9 ist umwelt-, menschen- und wirtschaftsfreundlich und bietet den

Bahnreisenden seit dem Ausbau vor wenigen Jahren einen hindernisfreien Einstieg mit Rollstuhl, Velo und Kinderwagen. Die Bahn ist verlässlich und bringt die Reisenden in nur 22 Minuten von Sissach via Läfelfingen nach Olten. Eine Verlagerung des Verkehrs auf die Strasse, wie es Regierung und eine Mehrheit des Landrates wünscht,

verursacht mehr Staus zu Stosszeiten und führt letztlich zu einem Umstieg auf den Individualverkehr.

#### LANGFRISTIGE PERSPEKTIVE GEFORDERT

Im Papier «Step 2025» hatten die SBB den Ausbau der Hauensteinstrecke vorgesehen. Auf dieser Strecke besteht ein grosses Potenzial, denn der andere Tunnel, der Basistunnel bei Tecknau, ist überlastet. Die Kapazitätsgrenze ist erreicht. Ab 2025 werden die Anschlüsse in Olten besser, und zwischen Basel und Liestal ist der Viertelstundentakt vorgesehen. Der Pendlerverkehr steigt weiterhin rasant an. Aus langfristiger und nachhaltiger Perspektive gibt es deshalb nur eine Antwort am 26. November: Nein zur Stilllegung des «Läfelfingerlis».

Florence Brenzikofer,  
Landrätin





# JUNGGRÜNER PROTEST GEGEN UNI-SPARMASSNAHMEN

Das jgb kämpft gegen die Sparmassnahmen an der Uni und wendet sich entschieden gegen eine Erhöhung der Studiengebühren.

In aller Frühe, nämlich um viertel vor sieben am ersten Tag des Uni-Semesters, dem 18. September, traf sich das junge grüne bündnis (jgb) vor dem Kollegienhaus. Bewaffnet waren wir mit Malerklebband, Schnur und vielen Plakaten und Schildern. Klammheimlich haben wir in den Räumlichkeiten der Uni Basel Botschaften sowie Preisschilder verteilt, um beim Semesterstart die Aufmerksamkeit der Studierenden auf die geplanten Sparmassnahmen der Regierungen Baselland und Basel-Stadt zu lenken. Denn die Uni Basel wird von den Trägerkantonen gezwungen, 44 Millionen Franken einzusparen. Dies vor allem aufgrund des Zwängens des Kantons Baselland, der sich selber in einer peinlichen (und vor allem

selbstverschuldeten!) Finanzsituation befindet. Solche Sparbeträge werden sich unweigerlich in einer Minderung der Qualität und des Angebots der Universität niederschlagen. Nicht zuletzt sollen auch die Studiengebühren erhöht werden – dies obwohl die Universität Basel bereits die höchsten Studiengebühren der Schweizer Unis hat.

## SPARWUT HERUNTERSPIÜLEN

So wundert es nicht, dass sich das jgb dagegen zur Wehr setzt. Wir beklebten also am frühen Morgen Toiletten, Türen, Statuen und Brunnen mit den frechen Sprüchen, die wir mit uns führten. Denn Sparmassnahmen auf Kosten der Bildung und auf dem Buckel der Studierenden können wir nicht tolerieren. Dafür standen die an der Aktion teilnehmenden jgb-Mitglieder gerne einmal früher auf. Und ein bisschen abenteuerlich fühlte es sich schon an, noch im Morgengrauen möglichst unauffällig so viele Schilder wie möglich

anzubringen – und sich vor dem Abwart zu verstecken. Gelohnt hat sich die Aktion allemal – gleich mehrere Medien berichteten über die Protestaktion des jgbs wie etwa diverse Radiostationen und die TagesWoche.

Nebenher sammelte das jgb in den letzten Wochen auch Unterschriften für die Petition gegen die Erhöhung der Studiengebühren, die zusammen mit den Grünen BL und BS, Basta!, der Juso Basel-Stadt und Baselland, der Marxist Society Uni Basel und den Jusos und der SPD Lörrach lanciert wurde. Bereits in den ersten Wochen kamen über tausend Unterschriften zusammen.

Meret Rehmann und Laura Schwab,  
junges grünes bündnis nordwest

Unterschreibe die Petition unter:  
<http://gruene-bs.ch/?63>

## HALBZEITBILANZ



Zwei grosse Erfolge prägen die Halbzeitbilanz der Fraktion Grüne/EVP. Die Grünen haben die Totalrevision des Energiegesetzes angestossen – der Landrat hat diese deutlich angenommen. Damit bekommt Baselland ein deutlich moderneres Energiegesetz, in dem viele unserer Ideen umgesetzt werden. Natürlich haben wir nicht alle unsere Wünsche durchbringen können, aber die Grünen bleiben dran. Der zweite grosse Erfolg ist die Rettung des U-Abos. Hier haben wir an vorderster Front die Streichung dieser wichtigen ÖV-Errungenschaft verhindern können. Sehr bewährt hat sich auch die Fraktionsgemeinschaft mit der EVP. Wir arbeiten sehr gut zusammen, sind klar die aktivste, fleissigste Fraktion und ziehen in fast allen Themen am gleichen Strick. Weniger prominent, aber ebenso wichtig ist, dass wir in zentralen Politikbereichen entscheidend Einfluss nehmen konnten: in der Spitalpolitik, dem Finanzhaushaltgesetz und der Alters- und Pflegefinanzierung. Hier konnte vor allem die Transparenz wesentlich verbessert werden. Der Kampf gegen den Filz in der Dunkelkammer Baselland hat dabei entscheidende Fortschritte gemacht.

Klaus Kirchmayr,  
Fraktionspräsident Grüne/EVP

## MOBILITÄTSSTRATEGIE GEFORDERT



Lotti Stokar fordert vom Regierungsrat per Motion eine neue Mobilitätsstrategie zur Schonung der Finanzen und Ressourcen.

Unsere heutige Mobilität braucht sehr viel Raum. Und sie verschlingt auch sehr viel Geld. Ganz besonders Infrastrukturbauten im bereits überbauten Raum (z.B. in Agglomerationsräumen), weil dort teure Kunstbauten (v.a. Tunnels) notwendig sind. Dazu kommt, dass das bestehende Strassen- und Eisenbahnnetz dringend saniert werden muss. In der «Schweiz am Wochenende» vom 9. September 2017 warnt allerdings

unter neoliberalen Vorzeichen inzwischen selbst Avenir Suisse, der Think-Tank der Wirtschaft, vor der Kostenspirale: Die Schweiz müsse davon abkommen, Engpässe mit immer noch mehr Infrastruktur-Milliarden beheben zu wollen. Im Kanton Basel-Landschaft hingegen scheint diese Erkenntnis noch nicht angekommen zu sein.

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Mobilitätsstrategie zu erarbeiten, mit welcher die finanziellen und die natürlichen Ressourcen bestmöglich geschont werden.

Lotti Stokar,  
Landrätin

## RÜCKZUG INITIATIVE STROM OHNE ATOM

Die Grünen lancierten im Jahr 2011 die Initiative «Für sicheren und sauberen Strom – 100% Zukunft ohne Atomkraft». Da das Anliegen bei Privathaushalten nahezu erfüllt ist, hat das Initiativkomitee die Initiative zurückgezogen.

Vor sechs Jahren haben die Grünen eine Volksinitiative lanciert, die mit einem neuen Grundsatzartikel im Energiegesetz bis im Jahr 2030 die Vollversorgung des Baselbiets mit erneuerbaren Energien im Bereich Elektrizität anstrebt. Die Initiative wurde aufgrund der

Totalrevision des Energiegesetzes bis zur Abstimmung vom 21. Mai 2017 sistiert. Aus heutiger Perspektive ist das ein Ziel, dass die Privatkunden 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen beziehen, nahezu erreicht, sodass das Initiativkomitee beschlossen hat, die Initiative zurückzuziehen. Dank dem atomfreien Standardprodukt der EBM und der EBL sind die genannten 80 Prozent beinahe erreicht. Auf die Grossbezüger hat die Initiative keinen Einfluss mehr. Diese beziehen den Strom heute auf dem freien Markt.

Philipp Schoch,  
Präsident des Initiativkomitees

## BASEL 2035: GRÜNER, GERECHTER, GRÖSSER

An der Mitgliederversammlung vom 17. Oktober wurde ein Grundsatzpapier verabschiedet, das die Wohnbaupolitik in Basel-Stadt voranbringen soll.

Die Bevölkerung in der Region und die Arbeitsplätze in Basel wachsen. Die Menschen sollen dort leben, wo sie arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Das bedeutet für Basel eine grosse Herausforderung. Nicht der Pendler- und Freizeit-Verkehr soll die Stadt dominieren, sondern Wohnquartiere mit hoher Lebensqualität. Neuer Wohnraum soll nicht auf der grünen Wiese, sondern teilweise im Bestand, vor allem aber durch die Umnutzung bereits überbauter

Areale entstehen wie Dreispitz, Lysbüchel, Klybeck, Rosental, Hafen etc. Um der Nachfrage nachzukommen, reichen die geplanten 500 neuen Wohnungen pro Jahr nicht aus – der Wohnungsbau muss verdoppelt werden. Die Areale sollen demokratisch und mithilfe einer partizipativen Strategie entwickelt, ökologische und soziale Aspekte beim Wohnraum und der Umgebung mitbezogen und eine gute Durchmischung verschiedener Grössen und Preislagen angestrebt werden. Wir fordern den Regierungsrat auf, mit geeigneten Massnahmen die Voraussetzung für diese Entwicklung zu schaffen.

Anita Lachenmeier, AG Stadtplanung

## VERDANKUNG ANITA LACHENMEIER



Nach zwanzig Jahren Parlamentsarbeit tritt Anita aus dem Grossen Rat zurück. Ihr Einsatz für uns war vielfältig und immer mit einem grossen persönlichen Engagement verbunden. Anita vertrat die Grünen von 1997–2007 sowie 2013–2017 im Grossen Rat und von 2007–2011 im Nationalrat. Zudem war sie Präsidentin der Grünen (1998–2002 & 2004–07) und des VCS (2008–16) sowie Fraktionspräsidentin des Grünen Bündnisses. Anita hat wesentlich zur Schaffung des Bündnisses mit Basta! und einer rot-grünen Mehrheit in der

Regierung beigetragen. Unermüdlich hat sie sich für den Erhalt von Grünflächen, für eine velofreundliche Stadt oder für die Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität für Familien in unserer Stadt eingesetzt. Mit ihrem aussergewöhnlichen Engagement, ihrer Ehrlichkeit, Offenheit und ihrer Geradlinigkeit hat sie sich nicht nur Anerkennung bei ihrer Gegnerschaft verdient, sondern auch viel für die Anliegen der Grünen erreicht. Ich bin mir sicher, dass Anita nicht nur mir mit ihren wertvollen Beiträgen und ihrem fröhlichen Lachen an den Fraktions- oder Grossratssitzungen fehlen wird.

Liebe Anita, dein Engagement lässt sich nicht bezahlen, wohl aber wird es uns in Erinnerung bleiben und uns Motivation sein, für unsere weitere Arbeit. Im Namen der Grünen Partei möchte ich dir herzlichst für alles danken und wünsche dir viele weitere dich erfüllende Erlebnisse, so viel Gutes wie du aushalten kannst, so viel Gesundheit wie nur möglich und ganz viel Glück.

Thomas Grossenbacher, Grossrat

## PARKPLÄTZE, PARKPLÄTZE, PARKPLÄTZE, PARKPLÄTZE ...



Gleich zweimal hatten wir im September im Grossen Rat das Nachsehen. Es ging, wen wundert's, in beiden Fällen um Parkplätze. Ein erstes Mal scheiterten wir mit einem Antrag, der auf Parkplätze entlang der Lange Erlen verzichten wollte. Dies hätte Einsparungen von 91 000 Franken gebracht. Der Grosse Rat hatte eine frühere Version des entsprechenden Ratschlags zurückgewiesen, mit dem Auftrag, mehr Parkplätze zu planen. Unterdessen hatte eine Studie nachgewiesen, dass die vorhandenen Parkplätze selbst bei Spitzenbedarf vollauf genügen. Gegen jede Vernunft wollte die Mehrheit unserem Antrag nicht folgen, und selbst der Regierungsrat erklärte, dass er trotz Fakten nicht lernwillig sei. Ein zweites Mal scheiterten wir beim Versuch, das Gratisparkieren von motorisierten Töffs in der Innenstadt zu verhindern. Selbst der Kompromiss, Elektromobile von der Parkgebühr auszunehmen, fand keine Mehrheit. Dieser sinnvolle Vorschlag war schon in der UVEK gescheitert, so dass die früher vom Rat beschlossene Parkgebühr für Motorräder ganz kippte. Bei Verkehrsthemen stehen wir zurzeit mit dem Rücken zur Wand. Es braucht neue, mehrheitsfähige Vorschläge, damit nicht Resentiments gegen den ÖV und den stadtgerechten Langsamverkehr überhandnehmen.

Jürg Stöcklin, Grossrat

### MARIE-THERES BEELER IN DEN STADTRAT



Die Mitgliederversammlung der Grünen Liestal und Umgebung nominiert Marie-Theres Beeler einstimmig zur Kandidatin für die Nachfolge von Lukas Ott und spricht ihr damit das volle Vertrauen aus. Mit Marie-Theres Beeler im Stadtrat wird die erfolgreiche Vorwärtsstrategie der rot-grünen Stadtregierung weitergeführt. Marie-Theres kämpft für den Sitz der Grünen von Lukas Ott, der mit seinem jahrelangen grünen Engagement das «Stedtli» geprägt hat.

Erika Eichenberger,  
Präsidentin Grüne Liestal

### BUCHHINWEIS: DIE FALSCHER ALTERNATIVE

Bei den Bundestagswahlen vom 24. September 2017 ist die Alternative für Deutschland (AfD) auf 12,6 Prozent der Stimmen gekommen (Grüne: 8,9). Wer steht hinter dieser Partei, wie gelang es, verschiedene rechte und rechts-extreme Zirkel in einer grösseren Organisation zusammenzuführen, welche Ziele verfolgt die Partei und welche Schichten wählen die AfD? Solchen und ähnlichen Fragen geht Sebastian Friedrich in seinem schmalen, sehr informativen Büchlein nach. Bei der Lektüre werden Unterschiede zur SVP, aber auch Gemeinsamkeiten deutlich.

Die rechtsausen Parteien sind seit einiger Zeit daran, sich über die Landesgrenzen hinweg zu vernetzen. Eine Entwicklung, die wir Grünen aufmerksam verfolgen und der wir eine echte Alternative entgegensetzen müssen.

Martin Stohler, Vorstand Grüne BS

Sebastian Friedrich:  
Die AfD – Analysen, Hintergründe,  
Kontroversen. Bertz + Fischer, 2017.  
164 Seiten, 7,90 Euro.

### GRÜNE PANTHER

Sieben Seniorinnen und Senioren kandidierten als Unterliste mit dem Namen Grüne Panther bei den letzten Nationalratswahlen. Ziel war es, die Wiederwahl von Maya zu sichern und sichtbar machen, dass bei den Grünen Platz ist für alle Generationen und auch Fragen des Alters bei uns eine wichtige Rolle spielen. Und siehe da: Das Fähnlein der sieben Aufrechten schlug sich recht tapfer. Da die Gruppe Freude an der Zusammenarbeit gefunden hatte, organisieren wir einige Vorträge zu Altersfragen und zur Politik allgemein. Die bisherigen drei Anlässe waren gut besucht. Wir werden eventuell noch zwei bis drei weitere Anlässe organisieren.

Nun werden auch Grüne Panther älter. Die sieben Aufrechten von 2015 sind zwar noch immer einigermassen aufrecht, möchten aber bei den Wahlen 2019 nicht mehr kandidieren. Wir sind aber bereit, den Nachfolgerinnen und Nachfolgern bei der Übergabe zu helfen. Wir suchen also jüngere Grüne Panther (Idealalter 60–70). Der zeitliche Aufwand ist auch für Pensionierte durchaus überschaubar und macht Freude.

Kontakt: Toni Bischofberger  
kontakt@gruenepanther-bl.ch.  
Ruth Gonseth, Beatrice Lutz,  
Toni Bischofberger, Jürg Holinger

## PAROLEN 26. NOVEMBER

### KANTONALE VORLAGEN BL

→ **Ja** zur Änderung des Kantonalbankgesetzes (Gegenvorschlag zur zurückgezogenen formulierten Gesetzesinitiative «Für einen unabhängigen Bankrat»)

→ **Nein** zu Ziffern 2.7 c. und 2.7 d. des 8. GLA des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2018-2021 (Stilllegung des «Läufelfingerlis»)

## AGENDA

**3.–5. November:** Bainvegni Fugitivs Marsch in der Region

**5. Dezember:** MV Grüne BL

**7. Januar 2018:** Neujahrsapéro

## DAS LETZTE

Das Grünwärts bittet um finanzielle Mithilfe: nicht um doch noch den Margarethenstich zu bauen. Nein! Es geht um unsere armen HausbesitzerInnen: Sicher wohnt auch in Deiner Nachbarschaft ein vom Unglück gepeinigtes Wesen, dessen einziges Luxus- und Erbgut noch ein eigenes Grundstück mit Haus drauf ist. In ganz argen Fällen ist es sogar noch instand gehalten. Doch der freche Vater Staat erdreistet sich, diese Hilfsbedürftigen mit nur wenig sozialer Unterstützung zu segnen. Wir vom Grünwärts finden dies eine Schande und rufen – wie eine von einem Milliardär gehaltene Zeitung in der Region – auf, sich an der Spendenaktion zu beteiligen: Jeder Rappen für die HausbesitzerInnen zählt!

PS. Wer wirklich ans Spenden denkt: Die Beiträge für Menschen mit Status «vorläufig aufgenommen» werden gekürzt. Bald auch im roten Basel.